

## ■ PRIVATVERSICHERUNGSWIRTSCHAFT 2001: RÜCKKEHR ZUR NORMALITÄT

*Die stürmische Phase nach der Einführung des Binnenmarktes dürfte die österreichische Versicherungswirtschaft nunmehr überwunden haben. Trotz der Verringerung der Prämienhöhe in den wichtigsten Versicherungszweigen konnten die Versicherer 2001 erstmals wieder nennenswerte Anhebungen von Prämienätzen durchsetzen. Das macht sich auch im Verbraucherpreisindex bemerkbar. Die Steigerung der Prämieinnahmen entstand aber auch durch die höhere Zahl versicherter Risiken. Gleichzeitig gingen 2001 die Sturm- und Elementarschäden auf ein Normalmaß zurück, sodass die Schadenquote in der Schaden-Unfallversicherung wieder ihr gewohntes Niveau erreichte.*

Die Prämieinnahmen der privaten Versicherungswirtschaft stiegen auch 2001 stärker als das nominelle Bruttoinlandsprodukt. Dadurch wurde nach 1996 ein neuer Höchstwert der Versicherungsdurchdringung erreicht. Dieser für internationale Vergleiche häufig verwendete Maßstab stellt die Ausgaben für Risikoabsicherung und Privatvorsorge im Rahmen der Lebensversicherung der Summe der laufenden Einkommen in Form des Bruttoinlandsproduktes gegenüber. Traditionell weist Österreich im internationalen Vergleich eine geringe Versicherungsdurchdringung auf, weil große Bereiche der persönlichen Risikoversorge durch die Sozialversicherung und andere öffentliche Vorsorgesysteme abgedeckt sind. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn die Versicherungsdurchdringung nach den Bereichen Lebens- und Nichtlebenversicherung getrennt wird: In der Lebensversicherung liegt die Versicherungsdurchdringung in Österreich mit 2,61% erheblich unter dem europäischen Durchschnitt (5,34%) – eine Folge der vergleichsweise hohen Einkommensersatzraten der öffentlichen Pensionssysteme. Im Bereich Nichtlebenversicherung, der in Österreich kaum durch das Sozialsystem abgedeckt wird, liegt sie hingegen darüber (3,04% gegenüber 2,84%; Schweizer Rück, 2001).

Wesentlich ausgeglichener als in den Vorjahren verlief das Prämienwachstum in den drei Versicherungsabteilungen. Die Lebensversicherung verzeichnete nach wie vor die höchsten Zuwachsraten, doch verringerte sich der Abstand zu den beiden anderen Versicherungsabteilungen deutlich. Sowohl in der Kranken- als auch in der Schaden-Unfallversicherung wurden höhere Zuwachsraten als in

Begutachtung: Josef Baumgartner •  
Wissenschaftliche Assistenz: Ursula  
Glauninger • E-Mail-Adressen:  
Thomas.Url@wifo.ac.at,  
Ursula.Glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebens- versicherung	Kranken- versicherung	Schaden- und Unfallver- sicherung	Versiche- rungsdurch- dringung <sup>1)</sup>
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
1997	11.353	32,7	9,8	57,5	5,4
1998	11.560	35,5	9,6	54,8	5,4
1999	12.420	38,6	9,1	52,3	5,5
2000	13.254	40,7	8,8	50,6	5,7
2001	13.975	41,4	8,7	49,9	5,9

Q: Finanzmarktaufsicht, Statistik Austria. – 1) Berechnung auf Basis verrechneter direkter, inländischer Prämien.

den letzten Jahren erreicht, sodass sich die Verteilung der Prämieinnahmen auf die drei Versicherungsabteilungen nur geringfügig zugunsten der Lebensversicherung verschob. Erstmals wurden weniger als die Hälfte der Gesamtpremien in der Schaden-Unfallversicherung eingenommen (Übersicht 1).

Die Prognosen des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs für 2002 zeigen eine weitere Verflachung des Geschäftsverlaufs, die vor allem durch eine Wachstumsdämpfung in der Lebensversicherung (2002: +3,4%) entstehen wird. Für die Krankenversicherung erwartete der Versicherungsverband 2002 eine Prämiensteigerung im selben Ausmaß. In der Schaden-Unfallversicherung dürfte trotz der bisher niedrigen Zahl an Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen ein Prämienzuwachs von 4,6% eintreten. Der Versicherungsverband rechnet offenbar mit einer Fortsetzung der schon heuer breitflächig durchgeführten Prämienenerhöhungen.

Mit der Entwicklung im Jahr 2001 schließt die österreichische Privatversicherungswirtschaft wieder an den internationalen Trend an. Der überdurchschnittlichen Zunahme der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung steht die Sanierung des Nichtlebensgeschäftes durch Prämienanhebungen gegenüber. Dadurch konnte weltweit bereits 2000 eine Rückkehr des Prämienwachstums auf das gewohnte Niveau erzielt werden (Schweizer Rück, 2001).

**WEITERHIN GERINGER GRENZÜBERSCHREITENDER VERTRIEB VON VERSICHERUNGEN**

Der grenzüberschreitende Vertrieb von Versicherungsprodukten beschränkte sich 2000 auf nur 1,2% des weltweit eingenommenen Prämienvolumens. Der wichtigste Anbieter internationaler Versicherungen ist Großbritannien, das diese Position ausschließlich mit dem Nichtlebensgeschäft erreicht. Mit einigem Abstand folgen Irland und Luxemburg – Länder, aus denen vorwiegend Lebensversicherungsprodukte vertrieben werden (Übersicht 2). Die Aktivitäten österreichischer Versicherer im grenzüberschreitenden Direktvertrieb sind verschwindend klein. Vielmehr konzentrieren sich die heimischen Versicherungsunternehmen auf den Aufbau des Ge-

schäfts in Ost-Mitteleuropa. Da diese Länder noch nicht in den Binnenmarkt integriert sind und der Marktaufbau durch den Kauf vorhandener Versicherungsunternehmen erheblich beschleunigt werden kann, gründen bzw. kaufen österreichische Versicherer vorwiegend eigenständige Tochtergesellschaften, die unter der Aufsicht des Gastlandes stehen.

**VERBRAUCHERPREISINDEX VON PRÄMIENERHÖHUNGEN GERINGFÜGIG ERHÖHT**

Die hohen Schadenquoten des Jahres 2000 in der Schadenversicherung brachten einige Versicherer in arge Bedrängnis und verursachten einen Abstand des Preisindex der Privatversicherungsformen insgesamt zum allgemeinen Preisauftrieb von etwa +½ Prozentpunkt (Übersicht 3). Die Schadenquote gibt das Verhältnis zwischen Leistungen und Prämieinnahmen an. Hohe Schadenquoten zeigen an, dass mit großer Wahrscheinlichkeit Verluste aus dem versicherungstechnischen Geschäft entstehen.

Mit dem Rückgang der Schadenquote im direkten und indirekten Geschäft 2001 verflachte die Preisentwicklung. Trotzdem tragen Versicherungen mit etwa einem Zehntel zur allgemeinen Preissteigerung bei. Hohe Unwetterschäden und die allgemein angespannte Ergebnislage in der Schaden-Unfallversicherung dürften sich 2002 abermals in überdurchschnittlichen Preissteigerungen niederschlagen. Dennoch liegt das durchschnittliche Prämienniveau in der Kfz-Haftpflichtversicherung nach wie vor deutlich unter dem Wert vor der Öffnung und Deregulierung des österreichischen Versicherungsmarktes 1994. Für die durchschnittliche Haftpflichtversicherungspolizze mussten 1994 noch umgerechnet 329 € gezahlt werden, im Jahr 2001 hingegen nur mehr 260 €, also um 21% weniger.

Nach der Deregulierung des Versicherungsgeschäftes brachten alle Versicherer neue und wesentlich stärker differenzierte Produkte auf den Markt, die sich vor allem durch personenbezogene Rabatte unterschieden. In der Preiserhebung von Statistik Austria konnten diese Rabatte nicht oder nur unzureichend erfasst werden, sodass im Verbraucherpreisindex der Eindruck steigender Lebenshaltungskosten durch eine Verteuerung von Versicherungsprodukten entstand, während der tatsächliche Aufwand der Versicherten zurückging. Nunmehr dürften die Versicherer keine zusätzlichen Rabatte mehr gewähren, sodass der Verbraucherpreisindex die Preisentwicklung von Versicherungsprodukten besser wiedergibt. Durch den Wegfall der Rabatte und die gezielte Zeichnung von Risiken verteuern sich die Prämien von Neuabschlüssen merklich (Der Konsument, 2002). Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex im Jahr 2001 stimmt erstmals wieder einigermaßen mit der Entwicklung der

## Übersicht 2: Die Bedeutung des grenzüberschreitenden Versicherungsgeschäfts 2000

	Nichtlebensversicherung		Prämieneinnahmen Lebensversicherung		Gesamtgeschäft	
	Mio. \$	In % des Gesamtgeschäfts	Mio. \$	In % des Gesamtgeschäfts	Mio. \$	In % des Gesamtgeschäfts
Großbritannien	13.849	24,2	–	–	13.849	5,8
Irland	1.006	28,6	5.879	45,1	6.886	41,6
Luxemburg	244	37,1	4.425	94,9	4.669	87,7
Belgien	1.394	18,4	90	0,7	1.484	7,2
Deutschland	1.010	1,5	115	0,2	1.126	0,9
Frankreich	988	2,7	73	0,1	1.061	0,9
Italien	716	2,7	19	0,1	735	1,2
Norwegen	589	13,9	–	–	589	7,8
Singapur	83	8,1	–	–	83	2,1
Österreich	66	1,2	7	0,2	72	0,7
Welt	19.879	2,2	10.602	0,7	30.481	1,2

Q: Schweizer Rück, Finanzmarktaufsicht.

Durchschnittsprämie überein. In der Kfz-Haftpflichtversicherung stieg die durchschnittliche Prämie (+2,9%) sogar geringfügig stärker als die entsprechende Komponente des Verbraucherpreisindex (Übersicht 3).

Die Korrektur der Preispolitik in der österreichischen Versicherungswirtschaft wurde vor allem durch die schlechten versicherungstechnischen Ergebnisse der Schaden-Unfall-Abteilung notwendig. Das versicherungstechnische Ergebnis zeigt, ob die Leistungen, die Vorsorge für künftige Schäden und die Kosten der Versicherer ausreichend durch Prämieneinnahmen und Kapitalerträge des technischen Geschäfts gedeckt sind. Das versicherungstechnische Ergebnis in der Schaden-Unfallversicherung war im vergangenen Jahrzehnt durchwegs negativ, es wurde aber durch Kapitalerträge in der nichtversicherungstechnischen Rechnung jeweils ausgeglichen, sodass selbst in Krisenjahren wie 2000 insgesamt ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt werden konnte.

### KAPITALERTRAGSKRAFT BESTIMMT GESCHÄFTSERGEBNIS IN DER SCHADEN-UNFALLVERSICHERUNG

Die Kapitalertragskraft ist daher in der Schaden-Unfallversicherung eine besonders wichtige Kennziffer zur Ein-

schätzung einzelner Versicherungsunternehmen. Je höher die Ertragskraft eines Unternehmens ist, desto schlechtere versicherungstechnische Ergebnisse kann es bewältigen. Eine hohe Ertragskraft ist auch im Wettbewerb um Marktanteile in der Schadenversicherung ein wesentlicher Vorteil, da sie eine aggressivere Preisgestaltung erlaubt. Abbildung 1 zeigt die Summe aus den Erträgen aus Kapitalanlagen und Zinserträgen der Schaden-Unfallversicherer und dem versicherungstechnischen Ergebnis. Etwas mehr als ein Drittel der österreichischen Schaden-Unfallversicherer konnte 2001 die Verluste aus der eigentlichen Versicherungstätigkeit durch Kapitalerträge nicht ausgleichen. Neben der 2002 vermutlich wieder höheren Schadenquote (Hagelunwetter und Hochwasser) ist auch der Druck aus der unzureichenden Gewinnlage ein Grund für die überdurchschnittliche Preissteigerung bis zum Juli 2002.

Die Sanierungsbemühungen österreichischer Schaden-Unfallversicherer über Prämien erhöhungen schließen wie erwähnt an den internationalen Trend an. In Deutschland zögern die Versicherer weiterhin mit einer Anpassung der Prämien. Mit einer Verteuerung der Versicherungsdienstleistungen im Zusammenhang mit dem Verkehr<sup>1)</sup> um 1,35% (im Juni 2002 gegenüber dem Vor-

<sup>1)</sup> Das sind alle Beiträge zur Kfz-Versicherung.

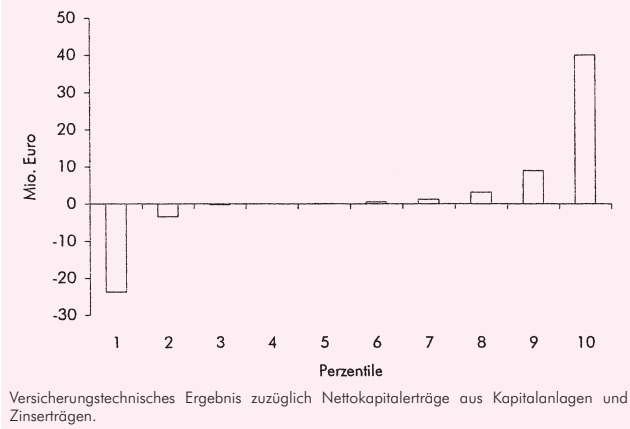
## Übersicht 3: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

1996 und 2000

	Gewicht im Warenkorb		1997	1998	1999	2000	2001	2002 <sup>1)</sup>
	Bis 2000	Ab 2001						
	In %		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tarifprämien								
Hausratsversicherung	0,653	0,650	+1,1	+ 0,8	+ 1,0	+4,5	-4,2	+2,5
Bündelversicherung für Eigenheim	0,452	0,337	+1,2	+ 3,1	+ 1,7	-2,8	+2,7	+2,2
Krankenzusatzversicherung	1,397	1,294	-3,7	+ 0,1	+ 3,3	+2,9	+4,4	+3,0
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,091	1,150	+1,2	+ 0,4	+ 1,7	+3,6	+2,3	+3,2
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,124	0,133	±0,0	± 0,0	+ 0,4	+2,9	+2,0	+2,1
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,473	0,352	+6,6	-20,7	-11,9	+4,7	+7,5	+4,6
Privatversicherungsformen insgesamt	4,190	3,914	+0,1	- 1,7	+ 0,5	+2,9	+2,4	+3,1
Verbraucherpreisindex insgesamt			+1,3	+ 0,9	+ 0,6	+2,4	+2,7	+1,5
Beitrag der Privatversicherungsformen in Prozentpunkten			+0,00	- 0,07	+ 0,02	+0,12	+0,09	+0,12

 Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Jänner bis Juli.

Abbildung 1: Verteilung des durchschnittlichen versicherungstechnischen Ergebnisses nach Berücksichtigung der Nettokapitalerträge in der Schaden-Unfallversicherung 2001



jahr) bleiben die Anpassungen deutlich unter denen in Österreich.

Die finanzielle Auswirkung der motorbezogenen Versicherungssteuer ist nunmehr für den Konsumenten voll spürbar. Das Halten eines Kfz ist gegenüber der Situation vor der Steuererhöhung um durchschnittlich 77 € pro Jahr teurer. Damit wurde der Binnenmarktvorteil aus der Preissenkung von Versicherungsprodukten im Kfz-Bereich (etwa -65 € jährlich) mehr als wettgemacht.

### LEBENSVERSICHERUNG LEIDET UNTER KURSVERLUSTEN AN DEN BÖRSEN

Im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schwächte sich 2001 das Wachstum der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung ab. Vor dem Hintergrund einer Zunahme des nominell verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2001 im Ausmaß der Geldentwertung ist der Prämienzuwachs dennoch beachtlich. Offenbar nehmen die privaten Haushalte Umschichtungen im Vermögensbestand zugunsten von Lebensversicherungen vor. Kurzfristig ist das Prämienwachstum stark von der Rendite alternativer langfristiger Veranlagungsformen abhängig (Url, 2001). Im Jahresverlauf 2001 fiel der Wert von Aktien weltweit um 16,5% (MSCI-World) und in Europa sogar um 20,6% (Euro-Stoxx-50). Die Sekundärmarktrendite österreichischer Staatsanleihen lag im Jahresdurchschnitt 2001 unter 5%. Die Spanne zwischen diesen beiden Alternativenveranlagungen und den garantierten bzw. versprochenen Erträgen von Lebensversicherungsprodukten erzeugte ein attraktives Umfeld für den Vertrieb. Die österreichischen Versicherer spüren allerdings die niedrigen und sogar negativen Kapitalerträge in einem geringeren Überschuss aus der Finanzgebarung (Übersicht 4).

Neben der Ertragssicherheit von Lebensversicherungen dürfte auch das grundsätzliche Bedürfnis nach einer

Ausweitung der Eigenvorsorge den Absatz von Lebensversicherungen gefördert haben. In einer repräsentativen Umfrage von Fessel & GfK für den Versicherungsverband bezeichneten 2001 etwa 89% der unter 20- bis 54-Jährigen der Eigenvorsorge für das Alter als wichtig bzw. überaus wichtig (Fessel & GfK, 2002). Diese Einschätzung ist primär mit einem steigenden Misstrauen gegenüber der staatlichen Alterspension verbunden. Selbst wenn die Mehrheit der Befragten das staatliche Pensionssystem für die nächsten fünf Jahre als gesichert einschätzt, erwarten nahezu drei Viertel zum Zeitpunkt des eigenen Pensionsantritts Schwierigkeiten für die Finanzierung der staatlichen Pension.

Dementsprechend dynamisch entwickelte sich das Prämienvolumen der Rentenversicherungen (+42,8%). Das sind Versicherungsverträge, die bei Eintritt des Versicherungsfalles eine laufende Rentenzahlung zusichern. Der Großteil der Einzahlungen erfolgt durch Einmalumlagen mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren und schöpft damit die steuerlichen Förderungen im Rahmen der Sonderausgaben und der Befreiung von der Kapitalertragsteuer während der Sparphase aus. Hohe Einzahlungen in Rentenversicherungen sind eine vergleichsweise junge Erscheinung in der österreichischen Versicherungslandschaft. Das zeigt vor allem der niedrige Anteil von Rentenleistungen an den Gesamtleistungen der Lebensversicherung. Nur 0,2 Mrd. € der 3,9 Mrd. € an Aufwendungen für Versicherungsfälle waren 2001 Rentenzahlungen zuzurechnen.

Der Großteil des starken Anstiegs an Auszahlungen in der gesamten Lebensversicherung im Jahr 2001 ist auf ablaufende Verträge aus den Jahren 1995 und 1996 zurückzuführen: Mit der Steuerreform 1996 war die Versicherungssteuer für Einmalumlagen mit einer Laufzeit unter zehn Jahren fast verdreifacht worden, sodass umfangreiche Vorzieheffekte auftraten. Verträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren reiften 2001 ab; für die nächsten Jahre ist weiterhin mit hohen Auszahlungen zu rechnen, weil Verträge mit Laufzeiten zwischen sechs und neun Jahren fällig werden.

### RISIKOBEREITSCHAFT ÖSTERREICHISCHER HAUSHALTE NIMMT WEITER ZU

An der Entwicklung der fondsgebundenen Lebensversicherung ist abzulesen, dass die Risikobereitschaft österreichischer Haushalte weiter zunimmt<sup>2)</sup>. Diese Versicherungsform zeichnet sich durch eine Überwälzung des Kapitalertragsrisikos auf den Versicherungsnehmer aus. Der Wert des angesammelten Kapitals ist nicht durch die garantierte Mindestverzinsung von derzeit 3,25% gesichert, sondern entspricht dem aktuellen Marktwert bzw.

<sup>2)</sup> Das zeigt auch die Zunahme des Anteils variabel verzinsten Kredite bzw. der Fremdwährungsdarlehen (Hahn, 2001).

## Übersicht 4: Lebensversicherung

	Bruttoprämien	Nettoprämien <sup>1)</sup>	Selbstbehaltquote	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versiche- rungstechnischen Rück- stellungen
	Abgegrenzt Mio. €		In %		Mio. €	
1997	3.713	3.483	93,8	1.885	2.857	1.751
1998	4.107	3.859	94,0	1.989	2.826	2.204
1999	4.796	4.538	94,6	2.043	2.983	2.816
2000	5.388	5.114	94,9	2.197	3.201	3.093
2001	5.785	5.495	95,0	1.988	3.915	2.555
			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
1997	-15,9	-15,7	+0,2	+11,9	+30,9	-39,7
1998	+10,6	+10,8	+0,2	+ 5,6	- 1,1	+25,9
1999	+16,8	+17,6	+0,7	+ 2,7	+ 5,6	+27,8
2000	+12,4	+12,7	+0,3	+ 7,6	+ 7,3	+ 9,8
2001	+ 7,4	+ 7,4	+0,1	- 9,5	+22,3	-17,4

Q: Finanzmarktaufsicht. – <sup>1)</sup> Geschätzt.

Ertrag des investierten Vermögens. Trotz sinkender Kurswerte auf dem Aktienmarkt und niedriger Renditen festverzinslicher Wertpapiere werden immer größere Beträge in diese Anlageform investiert. Mit etwa 795 Mio. € zahlten die Versicherungsnehmer 2001 um 17,6% mehr in diese Vorsorgeform ein als im Jahr davor. Diese Steigerung dürfte mit der Erwartung einer Erholung der Wertpapierkurse im Verlauf der nächsten Jahre zusammenhängen.

Ein weiterer Grund ist sicher die im Vergleich mit Lebensversicherungen höhere Transparenz fondsgebundener Produkte. Lebensversicherungen sind wegen der vorgelagerten Abgeltung der Abschluss- und Beratungskosten („Zillmerung“) und des fortwährenden Auf- und Abbaus stiller Reserven wenig transparent (Heinen, 2002). Die Aufspaltung der eingezahlten Prämie in Verwaltungs- und Vertriebskosten, reine Risikoprämien und das angesparte Kapital ist dem Versicherungsnehmer nicht ersichtlich. Allerdings bieten Lebensversicherungen mit ihrer garantierten Mindestverzinsung ein attraktives privates Altersvorsorgeprodukt an. Die Zeichner einer fondsgebundenen Lebensversicherung tragen zwar das Kapitalertragsrisiko selbst, durch den jährlichen Ausweis des angesparten Kapitals sind diese Produkte jedoch transparenter.

Die geförderte Pensionszusatzversicherung nahm 2001 erstmals einen deutlichen Aufschwung. Die eingezahlten Prämien erhöhten sich um mehr als die Hälfte auf 6,6 Mio. €. Mit der Einkommensteuerreform des Jahres 2000 wurde der Arbeitnehmerabsetzbetrag halbiert. Als Ausgleich wurde die steuerbegünstigte Pensionsvorsorge in höherem Ausmaß gefördert. Zusätzlich zur für 2001 ursprünglich vorgesehenen Prämie von 4,5% des Höchstbetrags (jährlich 1.000 €) wurde die Förderung um 5,5 Prozentpunkte angehoben. Sie besteht nun aus einer variablen Komponente, die mit der Anpassung der Bausparprämie schwankt, und einem festen Teil von 5,5%. Insgesamt wurden damit 2001 10% der Einzahlung bis zum Höchstbetrag in Form einer staatlichen

Prämie unterstützt. Die Anhebung der Förderung dürfte die ursprünglich in der Branche geäußerten Bedenken über eine abschreckende Wirkung der mangelnden Flexibilität von Pensionszusatzversicherungen mehr als ausgeglichen haben.

Gleichzeitig mit dem Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2002 wurde die Förderung der privaten Altersvorsorge neuerlich vollständig umgestellt. Die bisher abgeschlossenen Pensionsinvestmentfondsverträge können mit einer Übergangsfrist von einem Jahr in eine „Zukunftsvorsorgeeinrichtung“ übertragen werden, die zu mindestens 60% in Aktien veranlagen muss. Zusätzlich wurde die regionale Streuung der Aktienveranlagung auf Börsen eingeschränkt, die eine Marktkapitalisierung unter 30% des Bruttoinlandsproduktes aufweisen. Dazu zählt neben Athen und Lissabon auch Wien. Die bisherigen staatlichen Prämienzahlungen für Pensionszusatzversicherungen und Pensionsinvestmentfonds werden auslaufen und durch eine etwas höhere Förderung für Zahlungen an Zukunftsvorsorgeeinrichtungen (derzeit Investmentfonds und Mitarbeitervorsorgekassen) ersetzt. Die Zukunftsvorsorgeeinrichtungen müssen eine Kapitalgarantie für die eingezahlten Beiträge abgeben.

Abgesehen von der zu hohen Konzentration der Veranlagung auf niedrig kapitalisierte und illiquide Börsen erschüttert die umgesetzte Reform der Förderung privater Altersvorsorge das Vertrauen der Vorsorgenden in die Dauerhaftigkeit staatlicher Zusagen. Die geförderte Pensionszusatzversicherung und die Pensionsinvestmentfonds waren erst mit 1. Jänner 2000 eingeführt worden. Die erste Reform mit höheren Fördersätzen erfolgte bereits mit 1. Jänner 2001. Im Herbst 2002 wurde beschlossen, dass Pensionszusatzversicherungen alle Förderungen ersatzlos verlieren und Pensionsinvestmentfonds in Zukunftsvorsorgeeinrichtungen übertragen werden müssen. Sprunghafte Änderungen der Rahmenbedingungen sind dem dauerhaften Aufbau einer geförderten privaten Altersvorsorge nicht zuträglich.

Übersicht 5: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien	Aufwendungen für Versicherungs-fälle <sup>1)</sup>	Schadenquote	Überschuss aus der Finanzge-barung	Erhöhung der versicherungs-technischen Rückstel-lungen
	Abgegrenzt Mio. €		In %		Mio. €
1997	1.116	906	81,1	143	171
1998	1.115	922	82,7	141	158
1999	1.133	929	82,1	126	146
2000	1.164	963	82,7	147	156
2001	1.212	996	82,1	142	176
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
1997	-2,1	-1,8	+0,3	+12,2	- 0,0
1998	-0,1	+1,8	+1,9	- 1,1	- 7,7
1999	+1,6	+0,8	-0,8	-10,7	- 7,2
2000	+2,8	+3,6	+0,8	+16,5	+ 6,6
2001	+4,1	+3,4	-0,7	- 3,4	+12,5

Q: Finanzmarktaufsicht. – <sup>1)</sup> Einschließlich Prämienrückerstattung.

**WEITERHIN STAGNATION IN DER KRANKENVERSICHERUNG**

Die Tätigkeit privater Krankenversicherer ist zum über-wiegenden Teil auf die Versicherung von Sonderklasse-leistungen konzentriert (mehr als drei Viertel aller Lei-stungen). Für das Spitalgeld (Tagegeld) wird etwa ein Zehntel der Mittel ausgegeben, die Vergütung ärztlicher Leistungen (Wahlarzt) nimmt nur etwas über 4% der Aus-gaben in Anspruch. Diese Ausgabenstruktur macht deutlich, dass Krankenversicherer stark von der Kosten-entwicklung der Spitäler abhängig sind und der Anreiz zum Abschluss einer Krankenzusatzversicherung vom re-lativen Unterschied zwischen einfacher Unterbringung und Sonderklasse dominiert sein sollte.

In den letzten Jahrzehnten wurde der Standard der Unterbringung in den Spitälern ständig verbessert, so-dass sich der Anreiz zum Abschluss einer Krankenzusatz-versicherung zunehmend auf die Wahlfreiheit des be-handelnden Arztes und die Verkürzung der Wartezeit für medizinische Eingriffe verlagert. Dementsprechend sinkt die Nachfrage nach Krankenzusatzversicherungen seit Jahren. Nachdem zwischen 1999 und 2000 in der

Gruppenversicherung der Rückgang der Versicherten-zahl in der Einzelversicherung teilweise ausgeglichen worden war, schloss sich 2001 auch dieser Versiche-rungszweig dem mittelfristigen Trend an. Dadurch sank die Zahl der versicherten Risiken in der Krankenversi-cherung um 0,6%. Die in Übersicht 5 ausgewiesene Steige-rung der Bruttoprämien ist also ausschließlich Prämien-erhöhungen zuzurechnen.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhen sich weitgehend im Gleichklang mit den Prämieinnahmen. Dafür ist vorwiegend die Zunahme der Leistungsfälle um fast 3% verantwortlich. Durch den mangelnden Zustrom junger Versicherter wird die Zahl der Leistungsfälle auch in Zukunft überproportional wachsen. Solange die versi-cherungstechnischen Rückstellungen in ausreichendem Ausmaß aufgebaut werden, entsteht daraus kein schwerwiegendes Problem für die private Krankenversi-cherung. Wenn sich jedoch die versicherungsmathema-tischen Grundlagen als zu optimistisch erweisen und im Gesundheitssystem eine weitere Strukturverschiebung zur Spitalsbehandlung auftritt, entsteht aus dem Nach-wuchsmangel ein Zwang zu zusätzlichen Prämien-erhöhungen.

Derzeit versuchen die Krankenversicherer ihre Produkt-palette an diese Lage anzupassen. Mit der Einbeziehung von Kostenersätzen im Bereich der Komplementärmedi-zin, der Entwicklung von Produkten zur laufenden Ge-sundheitssicherung und der Bereitstellung medizinischer Information – besonders über das Internet – soll die Krankenzusatzversicherung auch für ein jüngeres Publi-kum attraktiv sein (Dickinger, 2002).

**2001 WIEDER EIN NORMALJAHR IN DER SCHADEN-UNFALLVERSICHERUNG**

Nach dem Katastrophenjahr 2000 beruhigte sich die Zahl der Leistungsfälle im gesamten Bereich der Scha-den-Unfallversicherung und besonders in der Sturm-

Übersicht 6: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt		Selbstbehaltquote In %	Überschuss aus der Finanzgebarung	Versicherungsleistungen brutto Gesamtgeschäft Mio. €	Erhöhung der versiche- rungstechnischen Rück- stellungen
	Gesamtgeschäft Mio. €	Inländisches Direktgeschäft Mio. €				
1997	6.525	4.999	74,5	600	4.249	33
1998	6.338	4.996	76,2	464	4.280	44
1999	6.491	5.004	72,7	700	4.478	39
2000	6.702	5.104	71,7	712	5.390	35
2001	6.978	5.349	71,2	691	4.903	39
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1997	+3,2	+0,7	-0,8	+12,9	+ 8,2	-24,8
1998	-2,9	-0,1	+2,3	-22,8	+ 0,7	+34,8
1999	+2,4	+0,2	-4,6	+50,9	+ 4,6	-12,0
2000	+3,2	+2,0	-1,5	+ 1,8	+20,4	-10,3
2001	+4,1	+4,8	-0,6	- 3,0	- 9,0	+11,7

Q: Finanzmarktaufsicht.

## Übersicht 7: Schadenquoten in den Schaden- und Unfallversicherungen

	1997	1998	1999 In %	2000	2001
Direkte Versicherungszweige	62,5	66,4	68,2	79,9	69,0
Unfall	54,4	57,5	53,5	54,3	60,4
Betriebs-, Berufs- und Privathaftpflicht	78,2	80,6	85,1	88,1	76,9
Kfz-Haftpflicht	68,1	70,4	76,3	78,6	79,2
Kfz-Fahrzeug	64,9	74,9	87,9	103,9	84,5
Kfz-Insassenunfall	13,3	12,1	10,1	8,6	9,1
Rechtsschutz	38,8	34,6	33,4	35,5	36,8
Feuer – Industrie	94,9	99,1	94,8	130,9	89,8
Sonstige Feuer	47,2	56,3	40,8	59,1	56,8
Feuer – Betriebsunterbrechung	76,7	116,8	57,1	104,7	48,0
Einbruchdiebstahl	50,4	45,5	57,3	66,8	66,0
Leitungswasserschaden	74,2	63,7	68,8	69,1	70,3
Glasbruch	43,9	45,8	46,6	54,9	49,8
Sturmschaden	53,0	57,1	78,5	239,4	49,8
Haushalt	50,2	52,9	50,9	57,4	52,1
Hagel	94,7	90,6	41,5	117,0	31,2
Maschinen	65,4	89,0	75,2	97,8	70,8
Transport	59,9	72,5	71,4	73,8	64,3
Kredit	53,3	65,6	68,9	51,6	87,2
Indirekte Versicherungszweige	73,6	71,8	71,5	82,0	74,3
Insgesamt (direkt und indirekt)	65,1	67,5	69,0	80,4	70,3

Q: Finanzmarktaufsicht, WIFO-Berechnungen.

schaden- und Elementarversicherung – hier wurden um etwa 120.000 Schadenfälle weniger registriert (–62%). Gleichzeitig konnten Prämienenerhöhungen durchgesetzt werden, die gemeinsam mit einer mäßigen Steigerung der versicherten Risiken eine deutliche Steigerung der Prämieinnahmen verursachten. Die einnahmen- und ausgabenseitige Entwicklung hatte eine deutliche Entspannung der Schadenquote im gesamten Geschäftsbe- reich zur Folge (Übersicht 6).

In einzelnen Versicherungszweigen ist die Schadenquote allerdings nach wie vor überdurchschnittlich. Das gilt insbesondere für die Kreditversicherung (87,2%), deren Schadenquote im Rezessionsjahr 2001 erwartungsge- mäß deutlich zunahm, aber auch die Unfallversicherung verzeichnete einen bisherigen Höchstwert (60,4%); in der Kfz-Haftpflichtversicherung bewegt sich die Schadenquote auf einem historisch hohen Niveau (79,2%; Übersicht 7).

 UNTERDURCHSCHNITTLICHE STEIGE-  
RUNG DER KAPITALANLAGEN IN DER  
VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Die Wachstumsrate der Kapitalanlagen der privaten Ver- sicherungswirtschaft war 2001 die niedrigste der letzten zehn Jahre. Der verringerte Aufbau versicherungstechni- scher Reserven in der Lebensversicherung wurde durch den Aufschwung der beiden anderen Abteilungen nicht vollständig ausgeglichen. Interessant ist auch die deutliche Verschiebung der Veranlagungsstruktur (Über- sicht 8).

Die Forderungen aus Darlehen sanken unvermindert stark, während Beteiligungen, Anteilswerte und Gutha- ben bei Kreditinstituten ausgeweitet wurden. Der Rückgang der Darlehensforderungen hängt mit dem Ausfall des Bundes als Hauptkreditnehmer zusammen: Erstens ergab sich 2001 zum ersten Mal seit mehreren Jahr-

## Übersicht 8: Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Guthaben bei Kreditunternehmen	Wertpapiere			Darlehensforde- rungen, Polizzen- darlehen	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Sonstige andere Kapitalanlagen	Kapitalanlagen insgesamt (ohne Depotforderungen)
		Insgesamt	Festverzinsliche Wertpapiere	Anteilswerte					
Mio. €									
1997	584	18.378	12.506	5.871	13.601	3.121	4.135	60	39.878
1998	521	21.642	13.020	8.622	12.765	3.340	3.619	54	41.941
1999	344	25.416	14.676	10.740	11.791	3.385	3.570	62	44.569
2000	372	28.047	15.510	12.537	11.034	3.423	4.041	76	46.993
2001	1.481	30.863	16.556	14.308	8.659	3.489	4.677	32	49.201
Anteile in %									
1997	1,5	46,1	31,4	14,7	34,1	7,8	10,4	0,1	100,0
1998	1,2	51,6	31,0	20,6	30,4	8,0	8,6	0,1	100,0
1999	0,8	57,0	32,9	24,1	26,5	7,6	8,0	0,1	100,0
2000	0,8	59,7	33,0	26,7	23,5	7,3	8,6	0,2	100,0
2001	3,0	62,7	33,6	29,1	17,6	7,1	9,5	0,1	100,0

Q: Finanzmarktaufsicht.

Übersicht 9: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
1995	6,5	8,2	6,6	5,3
1996	5,3	7,9	6,5	5,7
1997	4,8	8,0	6,6	5,9
1998	4,3	7,7	6,2	4,4
1999	4,1	7,3	5,6	6,7
2000	5,3	7,3	6,6	6,8
2001	4,6	6,1	5,9	6,8

Q: Finanzmarktaufsicht, WIFO-Berechnungen.

zehnten kein Nettokreditbedarf des Gesamtstaates („Nulldefizit“), und zweitens refinanziert die Bundesfinanzierungsagentur die Staatsschuld zur Zeit überwiegend in Form von Anleiheemissionen. Ein weiterer wichtiger Kreditnehmer der Versicherungswirtschaft ist der Wohnbausektor, der nach wie vor unter einem Überschussangebot an Wohnungen leidet und daher kaum Neufinanzierung sucht.

Die niedrige Verzinsung von Guthaben bei Kreditinstituten dürfte 2001 durch das Fehlen eines Kapitalrisikos kompensiert worden sein. Dieser Liquiditätspolster verhilft den Versicherern auch zu einer guten Ausgangsposition nach einer Beruhigung auf den Anleihe- und Aktienmärkten. Der Anstieg der Position „Anteilswerte“ geht auf die erhöhte Nachfrage heimischer Versicherer nach Investmentzertifikaten zurück – 2001 vornehmlich in ausländischen Rentenpapieren. Allgemein versuchen

Versicherer die Vermögensverwaltung auszulagern und konzentrieren sich auf das eigentliche Versicherungsgeschäft.

Die Umschichtung von Darlehen an den Bund zu Bundesanleihen bringt für die Versicherer keine tatsächliche Erhöhung des Ausfallrisikos. In der Bilanzierung sind handelbare Wertpapiere allerdings mit anderen Verpflichtungen für Versicherer verbunden (strenges Niederstwertprinzip). Erstmals für das Bilanzjahr 2001 wurde österreichischen Versicherungsunternehmen eine Ausnahme von diesem Grundsatz gewährt (BGBl. I Nr. 24/2002). Die Abwertung von Kapitalanlagen ist nunmehr nicht zwingend bei jeglicher Wertminderung vorzunehmen, sondern nur noch bei dauernder Wertminderung. Bei nichtdauernder Wertminderung besteht ein Wahlrecht zwischen beiden Bewertungsansätzen. 2001 nahmen die Unternehmen die neue Bewertungsregel noch nicht in Anspruch.

Trotz der Lockerung der Bewertungsvorschriften sollte die Schwankung der Rendite versicherungswirtschaftlicher Kapitalanlagen durch diese Portfolioumschichtung in Zukunft zunehmen, weil Darlehen nicht der täglichen Neubewertung durch den Markt unterliegen. Niedrige langfristige Anleihezinsen und der weitere Rückgang der Aktienkurse machten sich 2001 erstmals in der Kapitalrendite innerhalb der Kranken- und Lebensversicherung bemerkbar: Der Abstand zur Sekundärmarktrendite des Bundes schrumpfte in der Lebensversicherung auf +1,5 Prozentpunkte und lag in der Krankenversiche-

Private Insurance in 2001: Return to Normality – Summary

The stormy years following introduction of the single market appear to be over at last. In spite of the fact that the premium level in the main segments was cut for good, insurers were for the first time able to impose substantial increases in premium rates in 2001, a development which is reflected in the consumer price index. Premium revenues were also augmented by a greater number of insured risks.

The need for Austrian insurers to correct their price policy was driven chiefly by the negative actuarial results of the property and liability insurance. More than a third of the insurers in this business were unable to compensate losses from the actual insurance business by income from investment.

Echoing the overall economic development, income from premiums on life insurance also showed stunted growth in 2001. The only volume to develop with genuine dynamism was that of annuity insurance premiums (+42.8 percent). Payouts from life insurance rose dramatically in 2001, as a consequence of the 1996 tax reform which produced a surge in advanced insur-

ance contracts. Those contracts are now beginning to mature.

Demand for supplementary health insurance coverage has been declining for years, but insurers could still boost revenues by increasing premium payments. Expenditure on claims was affected by an increase of almost 3 percent in the number of claims incurred.

After the disasters of 2000, the number of claims incurred levelled off throughout the property liability insurance sector. Developments in both revenues and expenditures markedly moderated the claims ratio for the entire business segment.

In 2001, private insurers recorded the lowest growth rate of provisions during the past decade. The lower growth rate in actuarial reserves for life insurance was not fully compensated by the upswing in the two other segments. With regard to the portfolio structure, the shift from loans to mutual funds continues; cash holdings expanded considerably in 2001. The return on investment dipped slightly, so that the gap to the yield on federal bonds narrowed to some 1.5 percentage points.



rung leicht unter diesem Wert. In der von negativen versicherungstechnischen Ergebnissen geprägten Schaden-Unfallversicherung wurde hingegen der Abstand zur Sekundärmarktrendite ausgebaut (Übersicht 9).

## LITERATURHINWEISE

Dickinger, G., „Vom Krankenversicherer zum Gesundheitssicherer – Neue Wege in der privaten Krankenversicherung“, *Versicherungsrundschau*, 2002, (3), S. 44-48.

Der Konsument, „Kehraus im Rabattparadies“, *Der Konsument*, 2002, (3), S. 22-25.

Fessel & GfK, „Meinungsforschung 2002: Einstellung der Bevölkerung zu Versicherungen und Eigenvorsorge“, *Versicherungsrundschau*, 2002, (7-8), S. IV VIII.

Hahn, F., „Ökonomische Fundierung von Zinsgleitklauseln in Kreditverträgen“, *WIFO-Monatsberichte*, 2001, 74(10), S. 605-612.

Heinen, N., „Zillmerung, Stille Reserven, Intransparenz der Vertragsabwicklung – die Todsünden der Lebensversicherung?“, *Zeitschrift für die Gesamte Versicherungswissenschaft*, 2002, (2), S. 155-168.

Schweizer Rück, „World Insurance in 2000: Another Boom Year for Life Insurance. Return to Normal Growth for Non-Life Insurance“, *Sigma*, 2001, (6), <http://www.swissre.com/>.

Url, Th., *Die Versicherungswirtschaft in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach ESVG 1995*, WIFO, Wien, 2001.

THOMAS URL

## **DIE VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT IN DER VOLKSWIRTSCHAFT- LICHEN GESAMTRECHNUNG NACH ESGV 1995**

Die private Versicherungswirtschaft ist mit 1,6% der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ein vergleichsweise kleiner Wirtschaftsbereich. Sie hat aber wegen der hohen Veranlagungsvolumina in der Finanzierungsrechnung besonders große Bedeutung und wird auch in der Klassifikation der Wirtschaftssektoren (NACE) gemeinsam mit den Pensionskassen von Eurostat als eine eigene Zweistellergruppe (NACE 66) geführt.

Die zeitlichen Vorgaben von Eurostat erfordern eine Publikation der VGR-Quartalswerte innerhalb von 90 Tagen nach Quartalsende. Da für die Versicherungswirtschaft unterjährige Daten fehlen, muss der Bruttoproduktionswert für die laufende Berichterstattung mit Hilfe eines Prognosemodells ermittelt werden. Überwiegend auf erhobenen Daten beruhende Werte können erst mit einer Verzögerung von zwei Quartalen publiziert werden. Aus diesem Grund erfolgen nach der ersten Veröffentlichung (90 Tage nach Ablauf eines Quartals) Revisionen, die die tatsächliche Entwicklung der Prämieinnahmen und Leistungen berücksichtigen. Weitere Revisionen der vierteljährlichen Bereichsdaten für die Versicherungswirtschaft werden im Gleichklang mit Änderungen der Jahreswerte durch Statistik Austria durchgeführt.

- *Die Vorschriften des ESGV 1995*
- *Die Umsetzung der ESGV-Vorgaben durch Statistik Austria für das Jahr 1995*
- *Quartalsdaten über die Versicherungswirtschaft in Österreich*
- *Die Berechnung der VGR-Quartalswerte für die Versicherungswirtschaft durch das WIFO*
- *Die laufende Berechnung des Wirtschaftsbereichs NACE 66*
- *Zusammenfassung und Schlussfolgerungen*

Im Auftrag des Verbandes der  
Versicherungsunternehmen  
Österreichs • 2001 • 35 Seiten •  
€ 25,00

Kostenloser Download:

[http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=21267](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21267)